

Ressort: Finanzen

Deutsche Industrie fordert Abschaffung des Solidaritätszuschlages

Berlin, 29.07.2013, 09:46 Uhr

GDN - Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) fordert eine Abschaffung des Solidaritätszuschlages in seiner jetzigen Form. "Wenn die Steuereinnahmen steigen, muss auch die Fortführung des Solidaritätszuschlags in Frage gestellt werden", sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Markus Kerber der "Welt".

Allein im ersten Halbjahr 2013 sind die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag um über fünf Prozent gestiegen. Zudem könne sich der Staat über Rekordsteuereinnahmen freuen. "Mittelfristig muss daher entweder über die Abschaffung des Solidaritätszuschlags diskutiert oder über die Verwendung der Mittel gesprochen werden", sagte Kerber. "Geschäftsgrundlage für den Solidaritätszuschlag war die Aufbauhilfe für strukturschwache Regionen. Dieses Prinzip muss dann weitergelten, allerdings in allen Landesteilen", so Kerber.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-18609/deutsche-industrie-fordert-abschaffung-des-solidaritaetszuschlages.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com